



Demonstration gegen Flüchtlingsunterkunft in Freital, Terrorverdächtiger Philipp W.: „Im Osten ist es Tradition, da knallt es vor Silvester schon“

„Abwasch erledigt“

Extremismus Die Bundesanwaltschaft sprengt eine rechte Terrorzelle in Sachsen. Protokolle einer Telefonüberwachung zeigen, dass die Polizei über einen Anschlag vorher informiert war.

Terror kann furchtbar banal sein. Wenn sich Kegelkarl, Zigeunerphilli, Keks, Buddy, Randle-Rico und Cuk-cuk dazu verabreden, nachts Feuerwerk mit dem Namen Dum Bum durch die Gegend zu werfen. Wenn sie in einem Chatdienst namens Kakao Talk darüber lamentieren, dass sie an das Obst nicht herankämen.

Terror kann furchtbar konkret werden, wenn man weiß, dass Obst das Codewort für Sprengsätze ist. Wenn man erkennt, dass sich ein Altenpfleger, zwei Busfahrer, ein angehender Gleisbauer, eine Arbeitslose und ein Lagerarbeiter anschickten, die sächsische Provinz mit rechten terroristischen Anschlägen zu überziehen – so jedenfalls sehen es die Ermittler.

Ein brauner Stoßtrupp hat sich ihrer Meinung nach gebildet, in Sachsen, das vor Jahren schon einmal die Heimat einer rechten Terrorzelle war: des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU).

Am Dienstag schlugen deshalb Beamte der GSG 9 in Freital zu. Im Morgengrauen nahm die Spezialeinheit der Bundespolizei in der Kleinstadt bei Dresden fünf mutmaßliche Mitglieder einer rechtsextremen Truppe fest.

„Gruppe Freital“ nennt die Bundesanwaltschaft den Zusammenschluss der Sachsen, sie stuft die Truppe als terroristische Vereinigung ein. Seit spätestens Juli 2015 habe die Gruppe bestanden. Sie habe versucht, ihre „rechtsextremistische Ideologie durch Anschläge gegen Asylbewerber und

politisch Andersdenkende gewaltsam durchzusetzen“.

Drei Anschläge werden ihr bislang zugeordnet, bei einem soll die mutmaßliche Terrorzelle die Tötung von vier Asylbewerbern zumindest billigend in Kauf genommen haben. Derzeit ermittelt die Bundesanwaltschaft, ob den Beschuldigten noch weitere Anschläge zuzurechnen sind. Laut Haftbefehl droht den mutmaßlichen Mitgliedern eine lebenslange Gefängnisstrafe.

Es ist eine Wende im Umgang mit rechter Gewalt. Lange hat die deutsche Justiz Anschläge auf Flüchtlinge, insbesondere auf Flüchtlingsunterkünfte, nicht als organisierten Terror bewertet.

Regelmäßig werden in Deutschland neue Anschläge auf Asylbewerberunterkünfte gemeldet. Trotzdem haben die Ermittlungsbehörden die Welle rechter Gewalt nicht als nationales Problem behandelt. In manchen Gegenden entstand der Eindruck eines rechtsfreien Raums, in dem Rechtsextremisten ungehindert von der Staatsmacht Asylbewerber attackieren und Bürger einschüchtern konnten.

Die Rechten seien zersplittert gewesen, erklärte Generalbundesanwalt Peter Frank Anfang Februar im SPIEGEL (6/2016). Wenn sich aber zeige, dass rechtsextreme Vereinigungen Anschläge auf Flüchtlingsheime verübten, werde er die Ermittlungen an sich ziehen. „Dann muss ein Gegenfahndungsgesetz gesetzt werden.“ Dazu ist es nun in Sachsen gekommen.

Der Zugriff in Freital steht aber nicht nur für ein überfälliges, entschlossenes Handeln des Staates. Er zeigt auch, was bislang schiefgelaufen ist.

Protokolle von abgehörten Telefonaten und Chats legen nahe, dass die sächsische Polizei schon früh über die Motive und Pläne der „Gruppe Freital“ informiert war. Zudem taucht in dem Verfahren ein geheimer Zeuge auf, der ein verdeckter Ermittler in der Gruppe gewesen sein könnte. Hätten die Anschläge verhindert werden können? Zurückhaltend zeigte sich in Sachsen nicht nur die Polizei, sondern auch die örtliche Staatsanwaltschaft, die keinen Tötungsvorsatz erkannte.

Für Fremdenfeinde ist Freital eine perfekte Adresse. Die 40 000-Einwohner-Stadt liegt vor den Toren der Pegida-Hochburg Dresden. Sie war einer der Hotspots, als Ausländerhasser gegen Asylbewerber und Flüchtlinge zu Felde zogen.

Als ein ehemaliges Freitaler Hotel in eine Erstaufnahme für Flüchtlinge umgewandelt wurde, protestierten aufgebrachte Menschen tagelang vor der Unterkunft, mühsam gebündelt von hundert Polizisten. Pegida-Chef Lutz Bachmann unterstützte den Protest, er besuchte eine Bürgerversammlung vor Ort und postete bei Facebook: „Auf die Straße, Leute! Wehrt Euch!“ In einem Friseursalon der Stadt entstand das berühmte Foto Bachmanns als Hitler-Double.

Und Freital hat seit Anfang 2015 eine Gruppe, die sich nach einer Freitaler Bus-



Zerstörtes Fenster an Freitaler Flüchtlingsunterkunft: Potenziell tödliche Böller

linie FTL/360 benannt hat. Sie wurde gegründet, nachdem zwei Marokkaner in einem Bus Schüler belästigt haben sollen. Die Mitglieder der Bürgerwehr wollten in Bussen patrouillieren und für Ordnung sorgen. Im Profilbild der Gruppe im Internet ist ein im Nachhinein wegweisendes Motto hinterlegt: „Im Osten ist es Tradition, da knallt es vor Silvester schon.“

FTL/360, das zeigen die Ermittlungen, könnte die Keimzelle der Gruppe Freital gewesen sein. Mehrere der acht Tatverdächtigen werden dem Umfeld der Bürgerwehr zugeordnet.

Wenn sie nicht gerade als selbst ernanntes Wachpersonal Linienbusse bestiegen, dann war ihre kleine Welt die „blaue Lagune“. So nannten sie eine Aral-Tankstelle in Freital, gleich gegenüber der örtlichen Polizeiwache. Dort trafen sich die jungen Leute, tranken sich Mut an, zogen über Ausländer her, schmiedeten Pläne, um die Flüchtlinge zu stoppen.

Nebenbei schickten sie sich per Chat übelste Hetzbotschaften: „Wir sind Nazis bis zum bitteren Ende!“ Dann drohten sie: „Am nächsten Lichtmast aufknüpfen und Zettel umhängen, falscher Zeitpunkt, falscher Ort, oder Kanacke wollte nicht ausreisen, nun hängt er hier.“ Ein anderes Mal schrieb einer der Verdächtigen, „Kanacken“ seien „fehlerhafte biologische Einheiten, die vernichtet“ werden müssten. „Nigger! Einer widerlicher als der andere! Alle töten, diese elenden Parasiten!“

Zur internen Kommunikation richteten die Rechten gleich mehrere Chatkanäle ein. Es gab einen „Quatschchat“ für belanglose Gespräche, einen „Pyrochat“ für die radikalen Mitglieder und einen verschlüsselten „schwarzen Chat“ mit 16 Teilnehmern. Darin ging es um Anschlagpläne. Am „schwarzen Chat“ hätten, so ein Beteiligter, „ausschließlich die Terroristen“ teilgenommen.

Früh hatte die Truppe Sprengungen im Sinn. Nach Überzeugung der Ermittler experimentierte sie mit illegalen Böllern aus Tschechien und Polen mit klingenden Namen: La Bomba, Flash Bangers, Viper 12, Cobra 12, Red Crosette Mine oder Dum Bum.

Das Bundeskriminalamt hat die Böller, bestehend aus Kaliumperchlorat, Aluminium und Schwefel, eingehend untersucht. Sie können tödlich sein. Die Experten verglichen die Sprengkraft mit der von bis zu 30 Gramm TNT je Böller. Stehe man während der Zündung zu nah, drohten tödliche Lungenverletzungen. Splitter könnten bei Treffern an Kopf und Rumpf zum Tode führen.

Für die Freitaler Asylgegner war das Geknalle offenbar ein Riesenspaß. Zigeunerphilli, im Hauptberuf Busfahrer im Regio-

nalverkehr und im bürgerlichen Leben als Philipp W. bekannt, schrieb: „Hab gerade einen Böller an der Kreuzung vorm Heim unten losgelassen. Übelster Krach.“ Kegelkarl, alias Mike S., Altenpfleger, antwortete: „Knall ham wa gehört, du Schlingel.“ Zigeunerphilli: „Übelst geil, wenn ich nachts nach der Arbeit nach Hause laufen muss. Da kann man das immer gleich mit kleineren Anschlägen verbinden.“

So schaukelte sich die Gruppe hoch, bis es nach Überzeugung der Bundesanwaltschaft in der Nacht vom 19. auf den 20. September 2015 zum ersten Anschlag in Freital kam.

In der Bahnhofstraße 26 steht ein Mehrfamilienhaus für Flüchtlinge. Patrick F., alias Keks, Pizzabote und mutmaßliches Mitglied der Dresdner Hooligan-Bewegung „Faust des Ostens“, soll am Küchenfenster im Hochparterre eine Sprengladung angebracht und die Lunte gezündet haben. Acht Flüchtlinge befanden sich in der Wohnung. Die Fensterscheibe ging zu Bruch, der Rahmen war zerstört, Teile des Mauerwerks splitterten. Noch in vier Meter Entfernung gab es Einschläge in einer Wand. Nur weil niemand in der Küche war, blieben die Bewohner unverletzt.

Dass die Gruppe über F.s Attacke auf die Wohnung im Bilde war, folgern die Ermittler aus Chatprotokollen. Dort war die Rede von Böllerkäufen in Tschechien. Zigeunerphilli jubelte: „Bald haben wir genug zusammen, um mal so richtig Remmidemmi in Freital zu machen.“

Aber etwas lief schief: Wenige Stunden nach dem großen Knall traf die Polizei zwei Mitglieder der Truppe am Tatort an und nahm ihre Personalien auf.

Einen Monat lang verhielten sich die Neonazis offenbar ruhig, dann gab es den nächsten Anschlag. Am 18. Oktober attackierten Unbekannte das linke Wohnprojekt „Mangelwirtschaft“ in Dresden-Übigau, einem Viertel im Nordwesten der sächsischen Hauptstadt, das die rechten Freitaler regelmäßig besuchten.

Die Stadt Dresden hatte in Übigau eine Turnhalle mit Flüchtlingen belegen wollen, doch aufgebrachte Bürger blockierten die Zufahrt. Gut 20 Tage lang ging das so, dann endlich vertrieb die Polizei das renitente Volk. Die mutmaßliche Terrorgruppe, so sehen es die Ermittler, sah sich als „Beschützer“ der Blockierer. Regelmäßig habe man sich an der Turnhalle von Übigau getroffen.

Am 17. Oktober war ein Demonstrant vor der Halle von zwei Unbekannten verletzt worden. Die „Beschützer“ hatten sofort das linke Wohnprojekt „Mangelwirtschaft“ im Verdacht und sann auf Rache. Einer schrieb: „Heut nacht drehe ich durch!“, ein anderer erwiderte: „Alter, das bekommen die wieder, die Hütte fällt.“

Von vorn und von hinten wurde das Haus angegriffen. Es flogen Sprengsätze,



Generalbundesanwalt Frank
Fanal gesetzt

verbunden mit Plastikflaschen voll Buttersäure. Verletzt wurde niemand. Im Chat feierte man den Überfall: „Abwasch erledigt. Danke für den schicken Abend. Hoffe, dass wir so ein Obstfest oder Feier wiederholen können.“

Was die Jungterroristen nicht wussten: Die Polizei hatte sie längst auf dem Schirm. Es gibt vom Tag des Anschlags auf die „Mangelwirtschaft“ Protokolle einer Telefonüberwachung.

Schon drei Stunden vor der Tat, um 20.42 Uhr, hörte die Polizeidirektion Leipzig einen Anruf des Beschuldigten Mike S. mit. Es ging um Übigau, er fragte, was er außer einem „Muldentopf“ und BS mitbringen solle. BS steht für Buttersäure, der Topf wohl für eine Sprengladung. 21.44 Uhr, das nächste Telefonat: Wieder ist von einem Topf die Rede, außerdem sollten vier Flaschen Buttersäure mitgebracht werden. 14 Minuten später, um 21.58 Uhr, sprachen die Verdächtigen über die Böller Super Cobra 6 und Cobra 12. Und um 22.05 Uhr folgte ein eindeutiger Hinweis auf den Tatort: Mike S. fragte, ob er eine Cobra bekommen könne: „Wegen Übigau, da wollen wir die Zeckenbude stürmen.“

Die Tatwerkzeuge waren klar, der Ort benannt. Doch niemand stoppte die Täter. Möglicherweise wurden die Gespräche bei der Polizei elektronisch aufgezeichnet und zu spät ausgewertet. Möglicherweise war der Beamte nicht ortskundig und hat nicht geschaltet.

Doch die Merkwürdigkeiten gehen weiter. Am 27. Oktober tauchte ein ominöser Zeuge bei der Dresdner Polizei auf. Der Name des Informanten blieb geheim, als ladungsfähige Anschrift vermerkten die Beamten die Adresse der Polizeidirektion und als Art der Legitimation: „Dienstmarke“. Ein Polizist als Zeuge?

Der Mann entpuppte sich als Insider. Er kannte die Struktur der Gruppe, die Namen, die Spitznamen. Er berichtete vom Überfall auf das Wohnprojekt, legte Chatprotokolle vor. Schnell wurde klar, dass er bei dem Angriff sogar dabei war. Wenn es ernst wurde, war er freilich clever. Einen in die Hand gedrückten Pflasterstein will er rasch an jemand anderen weitergegeben haben, nach dem Knall sei er gleich weggerannt und nach Hause gefahren. So sollen sich verdeckte Ermittler im Normalfall verhalten, damit sie im Dienst keine Straftaten begehen.

Mit dem Verfahren betraute Beamte versichern, es habe keine verdeckte Ermittlung in der Gruppe gegeben. Es könne sich nicht um einen Polizisten gehandelt haben. Eine Erklärung für den Eintrag „Dienstmarke“ haben sie freilich nicht.

So bleibt der Verdacht, dass die Ermittler über die Schritte einer terroristischen Vereinigung im Bilde waren, sie aber zu-

nächst nicht stoppten. Zwischen den abgehörten Telefonaten und der nächsten, offenbar schwersten Tat der Gruppe liegen zwölf Tage. Von der Aussage des ominösen Zeugen bis zur letzten bekannten Tat sind es vier Tage.

Es war die Nacht zum 1. November 2015, als die Freitaler nach Erkenntnissen der Ermittler jenen Anschlag begingen, den die Bundesanwaltschaft als versuchten Mord wertet. Ziel war erneut eine Asylunterkunft der Stadt, bewohnt von vier Flüchtlingen aus Syrien. An drei Fenstern wurden Sprengladungen angebracht. Wieder krachte es gewaltig. Acht Millimeter dicke Scherben der Glasscheiben flogen durch die Räume. Ein Bewohner wurde an der Stirn und am Auge verletzt. Die restlichen Flüchtlinge hatten Glück: Ahmed H. war gerade zum Külschrank gegangen und hatte zufällig die brennende Lunte im Fenster gesehen. Alle rannten aus der Küche und warfen die Tür zu.

Zwei Tage später gab es den ersten Haftbefehl, die Gruppe Freital war gestoppt.

Die Ankläger des Bundesanwalts sprechen von Einschüchterung – aber auch von versuchtem Mord.

Die Generalstaatsanwaltschaft Dresden wäre damit zufrieden gewesen, den Fall auf unterster Instanz am Amtsgericht Dresden zu verhandeln. Die Anklage gegen fünf Beschuldigte war seit dem 16. Februar fertig. Die Staatsanwälte hatten einen möglichen Tötungsvorsatz verneint. Sie glaubten, dass es der Gruppe um eine Einschüchterung der Bewohner ging und der Angriff einen „demonstrativen Charakter“ hatte. Terrorismus konnten sie in der Anschlagserie nicht erkennen.

Am 11. April übernahm der Generalbundesanwalt den Fall. Seine Ankläger sprechen auch von Einschüchterung, aber in Verbindung mit versuchtem Mord in vier Fällen. Die Truppe habe von der Gefährlichkeit der Böller gewusst, Ausländerhass sei zudem ein niedriger Beweggrund.

Zigeunerphilli, alias Philipp W., saß da schon mehr als fünf Monate in Untersuchungshaft. Die Witzchen aus den Chatprotokollen sind dem Terrorverdächtigen vergangen.

Seiner Freundin klagte er in einem Brief, er sitze seit Wochen trotz Unschuldsvermutung mit jeder Menge Ausländern hinter Gittern. Wegen „einer kaputten Scheibe und ein paar Knallern!“. Schließlich sei doch niemand gestorben. Zigeunerphilli versteht die Welt nicht mehr: „Ich dachte, wir leben in einem Rechtsstaat.“

Steffen Winter